

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Robert S. M. ...
Herausgeber: ...
Kurs für Nachdruck: 20 C 11.

Lebeck's Dreiering-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Jutragung monatl. 14 M., vierst. 11 M., ...
Anzeigen-Preise. Die 11p. 37 mm breite Zeile 1 M., ...
Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung „Dresdner Nachr.“ zulässig.

Der Reichshaushaltsplan für 1922.

Ein Uberschuss von 18 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages.

(Wiedergabe nach der Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 27. Jan. Morgen soll dem Reichsrat der Reichshaushaltsplan und der Etat für die Ausführung des Friedensvertrages vorgelegt werden. Der Etat für 1922 ohne die Betriebsverwaltungen und ohne die Ausgaben für die Ausführung des Friedensvertrages schließt mit einem Uberschuss von 18 Milliarden ab. Diese 18 Milliarden sollen zur Deckung der ordentlichen Ausgaben bei der Ausführung des Friedensvertrages verwendet werden. In den Einnahmen des ordentlichen Etats sind die Steuern so eingeschätzt, wie sie nach den Regierungsvorlagen geschätzt worden sind. Abträge, die vom Reichstag einvernommen werden dürfen, sind noch nicht berücksichtigt. Der ordentliche Etat schließt die Einnahmen auf 10,2 Milliarden, für fortwährende Ausgaben 8,2 Milliarden, für einmalige Ausgaben 2,2 Milliarden, zusammen also 10,4 Milliarden aus. An außerordentlichen Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung. In diesem Haushalt werden auch 8,8 Milliarden als Zuschuss für die Betriebsverwaltungen angefordert, die wesentlichen den Betriebsverwaltungen als Anleihe zur Erweiterung ihrer Betriebe zur Verfügung gestellt werden. Von den Abträgen im ordentlichen Etat sind besonders bemerkenswert die Lebensmittelzuschüsse, die für das Jahr 1921 über 8 Milliarden Mark betragen, und die Zuschüsse für die Betriebsverwaltungen (Post und Eisenbahn usw.). Die Post hatte für 1921 einschließlich des 1. Nachtrags, der jetzt dem Reichstag vorliegt, einen Zuschuss von 3,8 Milliarden erfordert. Für die Reichseisenbahnen betrug 1921 der Zuschuss 10,8 Milliarden. Die Aufstellung des Etats zur Ausführung des Friedensvertrages sollte anfangs auf Grund des Umrechnungskurses 1 Goldmark gleich 61 Papiermark erfolgen. Angeht die Besserung der deutschen Balanzen wurde jedoch schließlich der Umrechnungskurs 1 : 45 gewählt. Nach diesem Umrechnungskurs ergibt sich als Gesamtbetrag im ordentlichen Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages die Summe von 147,7 Milliarden. Die außerordentlichen Ausgaben betragen 39,9 Milliarden, zusammen also 187,6 Milliarden Mark.

Mc. Kenna zur Reparationsfrage.

London, 27. Jan. Der frühere Schlichter und jetzige Vorsitzende der Londoner Joint City- und Midland-Bank Mc. Kenna hielt an der heutigen Generalversammlung dieser Bank eine Rede über die allgemeine Handels- und Wirtschaftslage. Zur Frage der deutschen Reparationen bemerkte er, eine Vorbedingung für die Wiederherstellung Europas sei die Regelung der Bedingungen der deutschen Entschädigungen auf einer festen wirtschaftlichen Grundlage. Wenn die Form der Reparationen und die Mittel zur Sicherstellung der Zahlungen mehr Schaden als Nutzen brächten, dann verfehlen sie ihren Zweck. Mc. Kenna fuhr fort: Wenn man von außen her einen Druck auf Deutschland ausübt, so bedeutet das, dass man Deutschland zwingt, seinen Außenhandel unter der Bedrohung mit Invasion, Blockade oder anderen Strafmaßnahmen zu entwickeln. Deutschland kann nur im Wettbewerb mit seinen Handelsrivalen ausführen, die es auf den ausländischen Märkten unterbieten muß. Um sich eine billige Produktion zu sichern, muß Deutschland für deren Arbeitskraft weniger Lohn zahlen, als die anderen Nationen. Dies kann es erreichen, indem es die Mark zu entwertet, daß ihr Wert im Inland den Wert im Ausland übersteigt. Solange diese Verhältnisse im Wert besteht, wirkt sie wie eine Prämie auf die deutsche Ausfuhr, und da der Druck auf Deutschland, Reparationszahlungen zu leisten, fortwähret, kann es eine fortwährende Entwertung seiner Balanza nicht verhindern.

Der deutsche Wettbewerb zu Preisen, die weit unter denen für England möglichen stehen, ist ein erster Schlag für den englischen Außenhandel und eine der Ursachen der Depression und der weitverbreiteten Arbeitslosigkeit in den letzten zwölf Monaten. Mac Kenna sagte weiter, Deutschland könne schwerlich bis zum vollen Maße eines Ausfuhrüberschusses zahlen, ohne damit den Wert der Mark im Auslande unter ihren Wert im Inlande zu drücken. Was die

Form der Zahlungen

betrifft, so könne Deutschland in bestimmten Waren zahlen, die, soweit England in Betracht komme, Jute, Holz, Kall und andere Stoffe sein könnten, die für England schwer entbehrlich seien und die es entweder überhaupt nicht oder nur in ungenügender Menge erzeuge. Deutschland könne auch zahlen durch die Auslieferung aller ausländischen Wertpapiere, die im Besitz deutscher Untertanen seien. Mc. Kenna sagte hinzu, er gebe bei seinen Ausführungen vom wirtschaftlichen und nicht vom politischen Standpunkte aus. Er sei der Ansicht, daß ein Uebereinkommen, das auf das Ergebnis der wirtschaftlichen Möglichkeiten gegründet sei, vorteilhafter wäre für die Handelsinteressen der Welt und ergiebiger für die Reparationszahlungen, als aufeinander folgende Ultimata, die sich später als undurchführbar erweisen. (W. T. B.)

Frankreich rechnet auf die deutschen Zahlungen.

Paris, 27. Jan. Die Kammer nahm auf Antrag des Finanzministers De Lasteyrie ein weiteres provisorisches Budgetmittel für den Monat Februar für das Budget an, dessen künftige Zahlung Deutschland zufällt. Damit ist bis auf weiteres die Erörterung dieses Titels vertagt worden.

Deutschland bleibt unter Kontrolle.

(Wiener Telegraphenbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Basel, 27. Jan. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Der Vorkontrollrat nahm am Dienstag den persönlichen Bericht des Generals Nollet zur Frage der Aufhebung bzw. Einschränkung der alliierten Kontrollinstanzen in Deutschland zur Kenntnis. Der Vorkontrollrat erachtet nach den Ausführungen des General Nollet eine Einschränkung der militärischen Kontrollinstanzen für jetzt noch nicht als durchführbar. Die Fortdauer der Kommission in Deutschland wurde zunächst bis 30. September d. J. ausgedrückt.

Englischer Kabinettsrat über den Schutzvertrag.

London, 27. Jan. Lord George führte in einer heute vormittag abgehaltenen Kabinettsitzung, in der, wie verlautet, der bisherige Verlauf der Erörterungen über den geplanten englisch-französischen Pakt besprochen wurde, den Vorsitz. Heute nachmittag fand ebenfalls unter Lord Georges Vorsitz eine Sitzung des Finanzministeriums des Kabinetts statt, um über den Antrag Österreichs betreffs die Gewährung einer Anleihe von 2 1/2 Millionen Pfund Sterling zu beraten. (W. T. B.)
London, 27. Jan. In einem Artikel schreibt der „Manchester Guardian“: Ein Vertrag, geschweige denn ein Bündnis mit einem Lande, dessen Standpunkt vom englischen sehr verschieden sei, bilde eine ernste Gefahr. Es bestehe aber nicht die entfernteste Wahrscheinlichkeit, daß die französischen Vorschläge oder etwas Ähnliches von der britischen Regierung angenommen oder auch nur erwoogen würden. (W. T. B.)

Schiffer zum Stande der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Wien, 27. Jan. Der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, Herr Heine, hat am heutigen Tage die Delegationsmitglieder der Oberbesetzung verläßt, um nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin sich zu den Schlussverhandlungen nach Genf zu begeben, verabschiedete sich heute abend von dem deutschen Ausschuss für Oberbesetzung, Reichsminister a. D. Schiffer machte dabei folgende Ausführungen: Wir sind bei den Verhandlungen mit Polen in vieler Beziehung zu einer Verständigung gekommen. Je länger aber die Verhandlungen dauerten, um so mehr hat sich gezeigt, daß immer neue Gesichtspunkte aufstauten, deren Ausgleich nicht ohne weiteres möglich war. Wir können den Polen gerechterweise nicht den Vorwurf machen, daß sie unsachlich und irrational die Verhandlungen geführt haben. Ich fühle mich vielmehr verpflichtet, anzuerkennen, daß sie die Verhandlungen in verständlicher Weise und mit dem Bunde geführt haben, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen. Unter den Dingen, über die wir uns geeinigt haben, spielen besonders die Währungsfrage, Eisenbahn, Post, Kohlen, Sozialversicherung und Grenzverkehr eine große Rolle.

In der Währungsfrage wird sich, wenn nicht alles klappt, eine definitive Verständigung herbeiführen lassen auf der Grundlage, daß in dem polnisch werdenden Oberbesetz die Reichsmark im Verlaufe der nächsten 15 Jahre einziges gesetzliches Zahlungsmittel bleibt. Allerdings ist den Polen das Recht zugestanden, daß die deutsche Währung mit einjähriger Frist getauscht werden kann. Für diesen Fall sind aber Sicherheiten geschaffen, daß alle Gläubiger aus Forderungen, die vor dem Währungswechsel entstanden sind, in deutscher Währung oder unter gewisser Vorauszahlung in polnischer Währung, aber ohne Zugrundelegung des jeweiligen Tageskurses für die Mark befriedigt werden können.

Andere schwierige Fragen bewegen sich in der Hauptfrage auf dem Gebiete der Liquidation des Nationalitätenprinzips und des Dylonsrechtes. Aber auch hier ist über eine Annäherung verhandelt worden, wenn es auch ungewiss ist, ob wir vor den Verhandlungen in Genf zu einer Einigung kommen können. Wir sind entschlossen, im Geiste der Verbrüderung und des Friedens weiterzuarbeiten und große Schwierigkeiten zwischen uns und dem Nachbar zu vermeiden.

Aber die Grenzen unseres Nachgebens liegen in den materiellen und idealen Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes über die wir nicht hinwegkommen können, und es ist meine Pflicht, in keinem Falle diese äußeren Grenzen zu überschreiten und es wieder auf den Schiedsrichter ankommen zu lassen.

Der weitere Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen wird sich so abspielen, daß zunächst die Arbeiten der Unterkommisionen zum Abschluß gebracht werden, die mit ihren Arbeiten noch rüchändig sind, um dann die Zusammenfassung und Zusammenfassung des ganzen Stoffes auf der Grundlage des Ergebnisses der einzelnen Kommissionen zu bewerkstelligen. Für diese Aufgabe ist deutscherseits Geheimrat Schlegelberg und auf polnischer Seite Herr Wolan in Aussicht genommen. Auch die Uebertragung in das Französisch bleibt dann noch übrig. In Genf wird dann außerdem die Arbeit der 11. Kommission gefördert werden müssen, die sich mit dem Nationalitätenprinzip befaßt und unter dem Vorsitz von Excellenz Vowald steht. Hi. hier zu lösenden Fragen betreffen die Verden des deutschen Volkes am empfindlichsten und greifen vielfach in verwaltungsmäßige und organisatorische Fragen ein. (W. T. B.)

Der unweglame Pfad nach Genua.

Das Wort Lord Georges von der Notwendigkeit internationalen Vertrauens, auf das sich jeder Vertrag zwischen Regierungen und Volkswirtschaften der einzelnen Staaten gründen müsse, ist vom Reichstangler in seiner letzten Rede aufgenommen worden, und zwar nicht nur als bloßes Wort, sondern als ein politisches politisches Bekenntnis. Das war gewiß keine neue Offenbarung; denn die Pläne von der Völkervereinigung, der Verständigung und dem guten Willen haben wir von Dr. Brix oft gehört und haben bald noch hier erlebt, wie er diese Verständigung durch willkürliches Nachgeben gegen jeden Uebergriff der Entente zum Schaden unseres nationalen Interesses praktisch betätigt. Das Neue liegt darin, daß der Kanzler diesmal in seinen Ideen auf Lord George zurückgreifen und zeigen zu können glaubte, wie er nicht mehr allein dem Chor unserer beachtungslosen und launischen Gegner als Verkünder der Verständigungsidee gegenübersteht, daß er den großen Vion Lord Georges zum Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas und damit der wirtschaftlichen Verständigung als mit seiner Politik parallel laufend bezeichnen kann. So stellte sich die Lage in Genua dar, und sie bot zweifellos recht begründete Aussicht, daß auch in der Entente die Vernunft mehr als vorher Einfluß auf die Politik nehmen würde. Seit Genua aber hat sich manches geändert. Und wenn auch Lord George seinen Anspruch von der Notwendigkeit des internationalen Vertrauens nach Genua getan hat, so kann man doch nicht übersehen, daß er in der letzten Rede auch die Erkenntnis der englischen Seite von der Aussichtslosigkeit eines deutschen Kreditgeschäftes beim Fortbestand der unmöglichen Reparationslasten einfließen ließ und Poincaré gegenüber sowohl Zahlungsunfähigkeit wie Zahlungsunmöglichkeit seitens Deutschlands anerkennt. Das also alle betriebligen Neuerungen, die uns so schon klugen, für den schönen Diplomaten nur Mittel zum Zweck sind, und er sich ihrer nur so lange bedient, wie für England daraus ein Vorteil entspringt. Dr. Brix aber erhebt sie zum politischen Bekenntnis. Er setzt auch jetzt noch, obwohl Poincaré aus Mader gekommen ist und in den englisch-französischen Auseinandersetzungen die Frage der Wirtschaftskonferenzen fast vollständig in den Hintergrund getreten ist, alle Karten auf Genua. Er ist bei Genua stehen geblieben, nicht die Lage nach Genua so wie damals, hat auch heute noch in seiner Rede seinen Optimismus gedrückt und hofft auf einen dauernden Frieden auf dem Wege der Verständigung und der Vernunft. Aber der „höchste Ernst, mit dem wir zur Weltwirtschaftskonferenz rufen“, kann nicht darüber hinweggehen, daß die in Genua noch breite und benehme Straße nach Genua sich in einen engen und felsigen Pfad umgewandelt hat, der mehr und mehr von raudichten Felsblöcken verkrampft wird.

Das Haupthindernis bildet hier, wie in allen Fragen einer vernünftigen Regelung der internationalen Beziehungen, das Frankreich poincaréischer Weltanschauung. Das bleibt auch der Fall, wenn nach Poincarés gewandener Teilnahme - Erklärung die hauswirtschaftlichen alarmierenden Nachrichten aus Washington kommen. Amerika - soweit es heute bereits ist - wird nicht nach Genua gehen, einmal, wie Harding es begründet, weil er erst das Pariser- und Roten-Abkommen unter Dach und Fach haben will, in der Hauptfrage aber, weil er in der militärischen und imperialistischen Haltung des neuen französischen Kabinetts ein unüberwindliches Hindernis sieht. In Amerika hat eine unverkennbare tiefe Misstrimmung gegen Frankreich Platz gegriffen, weil es durch seine unvernünftige Weltpolitik den Wiederaufbau der Weltwirtschaft verhindert und infolge seiner maßlosen Rüstungsausgaben die Schulden an Amerika nicht zahlen kann. Mit Recht hat kürzlich erst wieder der Senator Borah mit seinem Hinweis auf allgemeinen Beifall gefunden, daß Frankreich keine Armee von 600 000 Mann oder gar einer Million brauche, um sich gegen das Hunderttausend-Mann-Deer Deutschlands zu schützen. Harding würde zweifellos mit einer Annahme der Einladung nach Genua, bevor Frankreich an die Verminderung der Rüstungen denkt, im Senat eine so weitgehende Zustimmung finden, daß auch die Ratifikation des Pariser-Abkommens gefährdet würde. Ohne Amerika aber und damit ohne eine Regelung der internationalen Schulden an die Vereinigten Staaten würde auch in Genua nur Stückwerk geleistet werden können. Irrendem erprobliches Resultat wäre vollends ausgeschlossen, wenn Frankreich auf seiner Forderung beharrt, daß die Reparationsfrage in Genua nicht angeschnitten würde. Der französische Sozialist Blum hatte darum ganz recht, als er in der Kammer Poincaré vordrückt, daß damit die ganze Konferenz überhaupt keinen Zweck habe. Technisch sieht es, wenn Frankreich Rußland gegenüber seine Garantieforderungen überhört. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen bereits von einer Verschiebung der Konferenz gesprochen wird, die voraussichtlich, da Frankreich seine Politik nicht vor heute auf morgen ändern kann, eine Verschiebung ad calendas graecas bedeuten würde.

Sucht man nach den Gründen, die Frankreich an seiner unvernünftigen Stellungnahme Genua gegenüber veranlassen, so kann man keinesfalls an der recht merkwürdigen Falsche vorbeigehen, daß Frankreich bereits seit einiger Zeit in direkten Verhandlungen mit Sowjetrußland steht, was bisher sowohl in Deutschland, als auch in England noch viel zu wenig beachtet worden zu sein scheint. Diese Verhandlungen gehen über Warschau, wo